

» Wenn Sie es nicht tun,
macht's keiner.«

(Thomas Stotko, ehem. MdL)

» Begleiten Sie uns weiter
kritisch.«

(Integrationsminister Joachim Stamp)

Ausblick auf das kommende Jahr
beim Asylpolitischen Forum 2017
8.-10. Dezember 2017
in Schwerte



2018 – Ein Jahr der Jahrestage

- 85. Jahrestag der „Machtergreifung“ (1933)
- 80. Jahrestag der Konferenz von Evian (1938)
- 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948)
- 70. Jahrestag des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee (1948)
- 25. Jahrestag des „Asylkompromisses“ (1993)



Der Tannenbaum der Herausforderungen



Europa

- Externalisierung der Schutzverantwortung skandalisieren
- Das „Deals Paradigma“ (Judith Kopp) aufzeigen
- Zusammenhang der Fluchtursachen mit EU-Politiken (Waffenexporte, Handel ...) thematisieren
- Wachsam bei der Weiterarbeit am neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS)
- Die „transnationale Solidarität“ (Judith Kopp) leben!



Bund

Familiennachzug - Jetzt handeln:

16.3.2018:

„Auslaufen“ des Familiennachzugsverbots bei subsidiär
Geschützten nach § 104 Abs. 13 AufenthG

→ Anträge schon jetzt stellen!



Bund

- Für lebensreale Regelungen beim Familiennachzug eintreten
- Dafür eintreten, dass die Ausschlussklausel im § 18a AufenthG in den Präsens gesetzt wird
- Diskussion um Einwanderungsgesetz kritisch begleiten (siehe Positionen Stamp, Henz)
- Die versprochene Qualitätsverbesserung der BAMF-Arbeit kritisch begleiten (höfliche Formulierung)
- Abschiebungen nach Afghanistan weiter skandalisieren
- Für den weiteren Schutz für Flüchtlinge aus Syrien eintreten



Bund

- Die Diskussion darüber, ob die Anspruchseinschränkungen im AsylbLG mit der Menschenwürde vereinbar sind, muss verschärft geführt werden. Dabei kann man die Ansicht vertreten, dass die Anspruchseinschränkungen migrationspolitisch motiviert und damit verfassungsrechtlich problematisch sind.
 - Dabei ist auch zu diskutieren, ob die Leistungskürzung auf die Deckung des rein physischen Existenzminimums vertretbar ist.
 - Es ist für den Primat der schützenden Regelungen in der Aufnahme richtlinie vor Einschränkungen von Leistungen nach dem AsylbLG – auch bei Personen aus „sicheren“ Herkunftsländern – einzutreten.



Land NRW

- Es ist eine Regelung über die Systematisierung des Erkennens und der Reaktion auf besondere Schutzbedürftigkeit einzufordern.
 - Das muss einen anderen Umgang mit Stellungnahmen von Psychotherapeuten einschließen!
- Es ist für eine klare Regelung darüber einzutreten, wie sich Auszubildende mit Aufenthaltsgestattungen finanzieren können.



Noch: Land NRW

- Der Streit über die Unterbringungsbedingungen in den Landesaufnahmeeinrichtungen/ZUEs muss weiter geführt werden:
 - Die Verlängerung der Aufenthaltsdauer in den Aufnahmezentren ist mit ihren Folgen zu skandalisieren.
 - Zusammenhang mit dem Gewaltschutzkonzept: Ist die Verlängerung der Aufenthaltsverpflichtung selbst schon eine Gewalttat?
 - Der Schulbesuch muss auch während des Aufenthalts in einer Landesaufnahmeeinrichtung sichergestellt werden.
 - Standards, Befugnisse und Prozesse sind zu klären
 - Schulung von Mitarbeitenden



Noch: Land NRW

- Juristisch und politisch ist gegen Wohnsitzauflagen nach § 12a AufenthG vorzugehen.
- Rechte der Kinder (v.a. aus der UN-Kinderrechtskonvention) müssen eingefordert werden.
 - Dabei bedarf es auch vernünftiger Regelungen für die Behandlung von gerade volljährig Gewordenen.
- Ausbildungsduldungen müssen durch Duldungen für Familienangehörige begleitet werden.



Noch: Land NRW

- Es muss für eine Perspektivoffenheit der Rückkehrberatung geworben werden.
- Ein „Streitdialog“ zum „Integrierten Rückkehrmanagement“ (Eckeberg: „Irrweg“) ist zu führen.
- Die Stärkung der Härtefallkommission gegenüber den Kommunen muss eingefordert werden.
- Es ist deutlich zu machen, dass dem Ehrenamt nicht durch die „Rückführungsorientierung“ das Wasser abgegraben werden darf.



Noch: Land NRW

- Zum MKIFF:
 - Es ist dafür zu werben, dass im MKIFF Flüchtlingsaufnahme und Integration zusammen gedacht werden.
 - Es sollte vorgeschlagen werden, dass das MKIFF ein eigenes Referat für „Integriertes Bleibemanagement“ schafft.
 - Dem MKIFF sollte angetragen werden, einen Erlass zur Anwendung des § 25 Abs. 5 AufenthG in die Welt zu setzen, der einige Folgen der fehlerhaften BAMF-Praxis abmildert.
 - Zugleich sind die Chancen zu nutzen, die sich aus der aufenthaltsrechtlichen Zuständigkeit des MKIFF ergeben.



Noch: Land NRW

- Zur Abschiebungshaft: Eintreten für
 - Kontrollmechanismus
 - Monitoring
 - Überwachung des „Experimentierfeldes Abschiebungshaft“

Kommunen in NRW

- Man wird nicht umhin kommen, den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden zu suchen
- Vor allem die Unterbringungssituation in manchen Kommunen ist diskussionswürdig.
- Gerade auf kommunaler Ebene gibt es Ansätze, um für die Sache der Roma zu werben.

Stichwort: Streitkultur



Allgemein

lest Zygmunt Baumann!

- Wir müssen gegen die „Invisibilisierung“ von Flüchtlingen, Menschenrechtsverletzungen und eigentlichen Fluchtursachen eintreten.
- Die „Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten“ bedeutet eine Reflexion des Duktus und das Führen einer rechtsstaatsorientierten Debatte.
- Zugleich müssen wir
 - uns den wachsenden Konflikten in einer inklusiven Gesellschaft stellen und eine Streitkultur etablieren,
 - Flüchtlinge dabei unterstützen, selbst Akteure zu werden
 - eine „Zukunftsidee als Kompass“ (El-Mafaalani) entwickeln.

**Wir sind der
Verfassungsschutz!**



Das Gesamtergebnis:
Der **Hohmann'sche Appell 2017** an die
Christenheit und den Rest der Welt

„Sendet ein starkes Signal dafür,
dass Menschenrechte und Humanität
nicht verhandelbar sind, nicht zur
Disposition stehen.“



Das Wort zum
Advent (und
zum reichhaltigen
Essen in
Villigst:)

